

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 32		DIENSTAG, DEN 24. OKTOBER	2017
Tag	Inhalt	Seite	
9. 10. 2017	Fünfte Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Studienkollegs Hamburg 221-1-19	329	
16. 10. 2017	Verordnung über die Veränderungssperre Winterhude 73 – Flurstücke 1675 und 1676 –	330	
17. 10. 2017	Verordnung zur Änderung der Kindertagespflegeverordnung 860-9-2	332	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Fünfte Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Studienkollegs Hamburg

Vom 9. Oktober 2017

Auf Grund von § 37 Absatz 6 Satz 4 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 4. April 2017 (HmbGVBl. S. 99), in Verbindung mit § 1a der Weiterübertragungsverordnung-Hochschulwesen vom 17. August 2004 (HmbGVBl. S. 348), zuletzt geändert am 13. September 2016 (HmbGVBl. S. 432), wird verordnet:

§ 1

In § 35b der Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Studienkollegs Hamburg vom 20. Juli 2005 (HmbGVBl. S. 319), zuletzt geändert am 21. Dezember 2016 (HmbGVBl. 2017 S. 2), wird das Wort „Sommersemester“ durch das Wort „Wintersemester“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2017 in Kraft.

Hamburg, den 9. Oktober 2017.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Verordnung
über die Veränderungssperre Winterhude 73
- Flurstücke 1675 und 1676 -

Vom 16. Oktober 2017

Auf Grund von § 14 und § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808, 2831), in Verbindung mit § 4 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), zuletzt geändert am 13. Februar 2015 (HmbGVBl. S. 39), und § 1 der Weiterübertragungsverordnung-Bau vom 8. August 2006 (HmbGVBl. S. 481), zuletzt geändert am 5. April 2013 (HmbGVBl. S. 142, 147), wird verordnet:

§ 1

(1) Zur Sicherung der Planung wird eine Veränderungssperre für die in der Anlage durch eine schwarze Linie abgegrenzte Teilfläche des Plangebietes des Bebauungsplan-Entwurfs Winterhude 73 (Flurstücke 1675 und 1676 der Gemarkung Alsterdorf), für zwei Jahre festgesetzt.

(2) Die Veränderungssperre nach Absatz 1 hat zum Inhalt, dass

1. Vorhaben im Sinne des § 29 des Baugesetzbuchs nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.

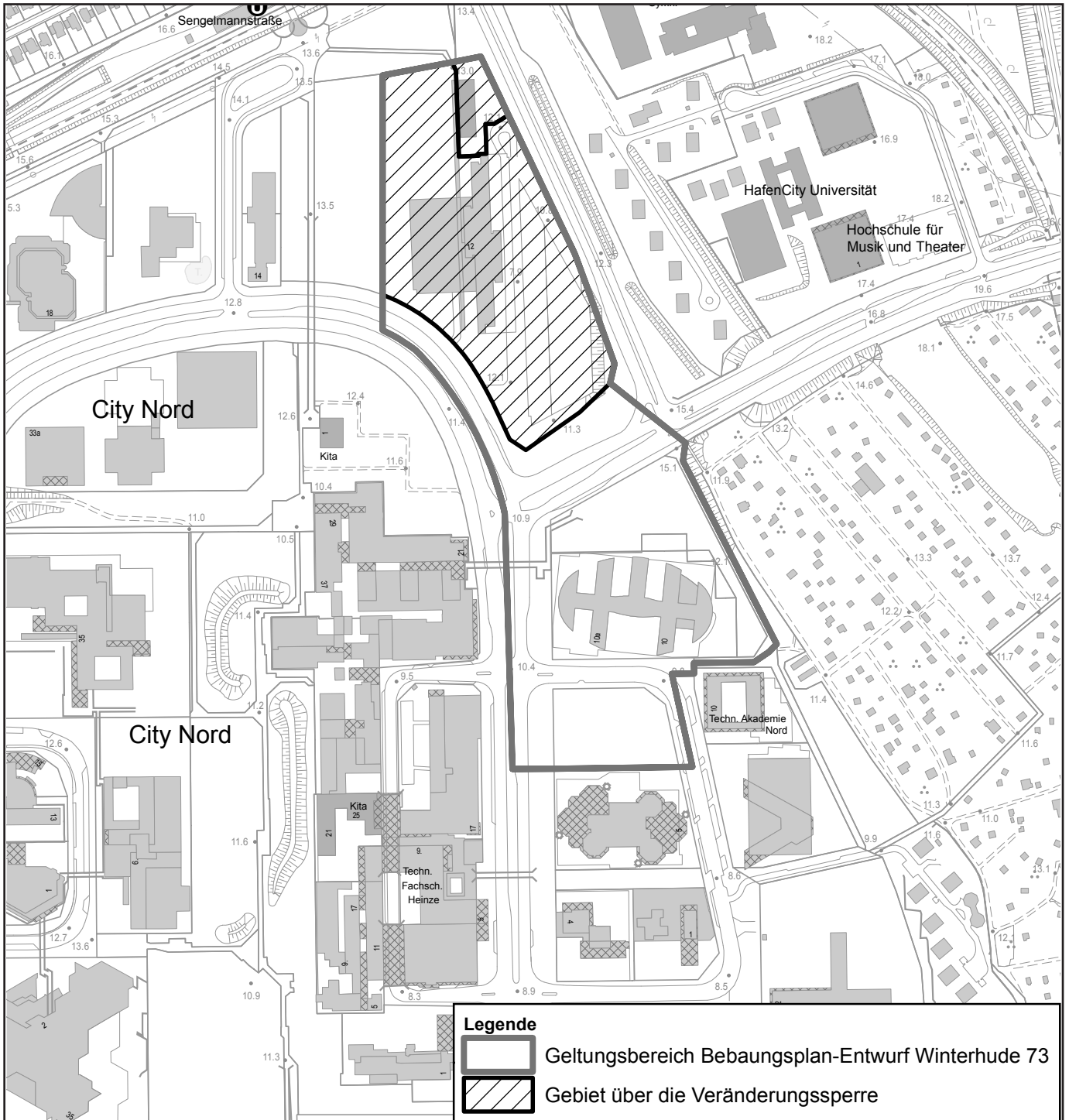
(3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Ein Entschädigungsberechtigter kann Entschädigung verlangen, wenn die in § 18 Absatz 1 Satz 1 des Baugesetzbuchs bezeichneten Nachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem örtlich zuständigen Bezirksamt beantragt. Das Erlöschen eines Entschädigungsanspruchs richtet sich nach § 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs.
2. Unbeachtlich ist eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist.

Hamburg, den 16. Oktober 2017.

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Winterhude 73 – Flurstücke 1675 und 1676 – Anlage zur Verordnung über die Veränderungssperre



0 30 60 120 180 240
Meter

1:5.000

Kartengrundlage:

Geobasisdaten

DK5

Erstellt am: 05.10.2017

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg

Verordnung zur Änderung der Kindertagespflegeverordnung

Vom 17. Oktober 2017

Auf Grund von § 30 Absatz 1 Nummer 4 des Hamburger Kinderbetreuungsgesetzes vom 27. April 2004 (HmbGVBl. S. 211), zuletzt geändert am 8. Juli 2014 (HmbGVBl. S. 295), wird verordnet:

§ 1

Änderung der Kindertagespflegeverordnung

Die Kindertagespflegeverordnung vom 18. März 2014 (HmbGVBl. S. 105) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2 Satz 1 wird hinter dem Wort „anderen“ das Wort „geeigneten“ eingefügt.
2. § 2 Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung vom 21. September 1984 (BGBl. 1984 I S. 1230, 1985 I S. 195), zuletzt geändert am 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2732), für sich und, sofern die Kindertagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson erfolgt, für alle im Haushalt dauerhaft lebenden erwachsenen Personen bei der zuständigen Behörde vorlegt.“
 - 2.2 Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Teilnahme an einem von der Behörde anerkannten Kurs „Erste Hilfe am Kind“ im Umfang von mindestens neun Unterrichtsstunden nachweist, wobei die Teilnahme nicht länger als zwei Jahre zurück liegen darf.“
 - 2.3 In Nummer 4 wird das Wort „sowie“ durch das Wort „soweit“ ersetzt und hinter dem Wort „registriert“ das Wort „hat“ eingefügt.
3. § 3 Absatz 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Anforderungen der Qualifikationsstufe 2 werden erfüllt durch die erfolgreiche tätigkeitsbegleitende Teilnahme an Teil 2 der insgesamt 180 Unterrichtsstunden umfassenden Grundqualifizierung des Hamburger Qualifizierungsprogramms für Tagespflegepersonen im Umfang von mindestens 135 Unterrichtsstunden innerhalb eines Jahres nach Tätigkeitsbeginn.“
4. § 4 Absatz 3 wird aufgehoben.
5. In § 5 Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „zu einer Unfallversicherung“ durch die Wörter „zur Unfallversicherung“ ersetzt.
6. § 6 Absätze 2 und 3 erhält folgende Fassung:

„(2) Die in Anlage 2 genannte Höhe des Erziehungsgeldes richtet sich nach der dem Kind bewilligten Leistungsart und der Qualifikationsstufe der Tagespflegeperson.

(3) Die Höhe der SK 1 nach § 5 Absatz 2 sowie die Höhe der SK 2 für Tagespflegepersonen in Großtagespflegestellen in dafür angemieteten Räumen nach § 5 Absatz 3 Satz 1 wird in Anlage 3 festgesetzt.“
7. In § 10 Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„In diesen Fällen können je Tagespflegeperson höchstens bis zu sieben gleichzeitig anwesende Kinder betreut werden. Für die Entscheidung der Tagespflegeperson, wie viele Kinder zeitgleich betreut werden, ist das Wohl aller betreuten Kinder ausschlaggebend.“
8. In § 11 Absatz 1 wird das Wort „Kalenderjahren“ durch das Wort „Jahren“ ersetzt.
9. Die Anlagen 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„Anlage 2

Höhe des Erziehungsgeldes

Leistungsart	Qualifikationsstufe 1 je Kind und Monat in Euro	Qualifikationsstufe 2 je Kind und Monat in Euro	Qualifikationsstufe 3 je Kind und Monat in Euro
TPK 50	352,95	444,03	609,69
TPK 40	274,51	345,37	474,20
TPK 30	215,69	271,36	372,60
TPK 25	176,47	222,00	304,84
TPK 20	120,18	148,03	203,22
TPK 10	63,69	76,91	101,63
TPE 50	271,49	341,57	468,99
TPE 40	211,16	265,66	364,77
TPE 30	165,91	208,74	286,60
TPE 25	135,76	170,79	234,49
TPE 20	92,54	113,86	156,32
TPE 10	49,26	59,13	78,17
TPH 50	271,49	341,57	468,99
TPH 40	211,16	265,66	364,77
TPH 30	165,91	208,74	286,60
TPH 25	135,76	170,79	234,49
TPH 20	92,54	113,86	156,32
TPH 10	49,26	59,13	78,17

Anlage 3**Höhe der Sachkostenpauschale (SK 1)**

Leistungsart	je Kind und Monat in Euro
TPK / TPE / TPH 50	172,50
TPK / TPE / TPH 40	156,92
TPK / TPE / TPH 30	136,67
TPK / TPE / TPH 25	131,93
TPK / TPE / TPH 20	95,93
TPK / TPE / TPH 10	58,71

**Höhe der Sachkostenpauschale (SK 2) für Tagespflegepersonen in Großtagespflegestellen
in eigens angemieteten Räumen gemäß § 5 Absatz 3**

Leistungsart	je Kind und Monat in Euro
TPK / TPE / TPH 50	255,41
TPK / TPE / TPH 40	239,84
TPK / TPE / TPH 30	219,59
TPK / TPE / TPH 25	186,65
TPK / TPE / TPH 20	137,39
TPK / TPE / TPH 10	100,18 ^a

§ 2

Schlussbestimmungen

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. November 2017 in Kraft.
 (2) Für bis zum 31. Oktober 2017 entstandene Ansprüche auf Tagespflegegeld gilt das bisherige Recht fort.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
 Hamburg, den 17. Oktober 2017.